

A1 Telekom Austria AG

Lassallestraße 9, 1020 Wien

An das  
**Bundeskanzleramt**  
**BKA - V (Verfassungsdienst)**

zH Frau Dr. Elisabeth DUJMOVITS

[Elisabeth.DUJMOVITS@bka.gv.at](mailto:Elisabeth.DUJMOVITS@bka.gv.at)  
[Albert.POSCH@bka.gv.at](mailto:Albert.POSCH@bka.gv.at)  
[verfassungsdienst@bka.gv.at](mailto:verfassungsdienst@bka.gv.at)  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

**GZ: 2021-0.130.157**

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Rechnungshofgesetz 1948 und das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 geändert und ein Informationsfreiheitsgesetz erlassen werden sollen**

**Stellungnahme der Telekom Austria AG**

Wien, April 2021

Sehr geehrte Frau Dr. Dujmovits,  
sehr geehrter Herr Dr. Posch,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 22.02.2021, mit welchem Sie uns zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf der Änderungen insbesondere des B-VG sowie des Rechnungshofgesetzes 1948 im obig angeführten Begutachtungsverfahren eingeladen haben, dürfen wir Ihnen im Folgenden unsere Stellungnahme übermitteln.

### **1. Zu den Änderungen des Bundes-Verfassungsgesetzes und des Rechnungshofgesetzes 1948**

Der Entwurf sieht insbesondere vor, dass die Prüfkompetenz des Rechnungshofes staatsnaher Unternehmen gemäß Art. 126b Abs 2, Art. 127 Abs. 3 und Art. 127a Abs. 3 ab einer Beteiligung des Bundes von 50% auf 25% gesenkt werden soll, sofern es sich nicht um börsennotierte Unternehmen handelt. Gleichmaßen sieht dies der Entwurf zur Änderung des Rechnungshofgesetzes nach § 12 Abs. 1 vor.

Da es sich bei der Telekom Austria AG um ein **börsennotiertes Unternehmen** handelt, an dem die Republik Österreich über die ÖBAG ca 28% hält, **begrüßen wir, dass börsennotierte Unternehmen mit einer Bundesbeteiligung unter 50% nicht der Prüfkompetenz des Rechnungshof unterliegen**, denn damit:

- werden **erhebliche Wettbewerbsnachteile** dieser Unternehmen vermieden und
- **wird die Gefahr reduziert, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse öffentlich zugänglich werden.**

**Es ist sehr wichtig, dass der Bund im Vergleich zu anderen Aktionären sich selbst nicht mehr Rechte einräumt, als ihm aufgrund seines gesellschaftsrechtlichen Aktienbesitzes**



**zustehen. Mit dieser moderaten Regelung wird diesem Umstand Rechnung getragen und das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt aufrecht erhalten.**

## **2. Keine Erläuterungen zu den Änderungen der Art 126b ff B-VG**

In den Erläuterungen zu den geplanten Änderungen des Rechnungshofgesetzes 1948 finden sich folgerichtig Ausführungen zur Beibehaltung der Ausnahme von der Rechnungshofprüfkompetenz für Beteiligungen der öffentlichen Hand an börsennotierten Unternehmen bis zu einer Beteiligung von 50%. Richtig wird hier auch auf bereits bestehende gesetzliche Informationspflichten börsennotierter Unternehmen verwiesen, weshalb die bisherige Ausnahme für Bundesbeteiligungen unter 50% bestehen bleiben soll.

Allerdings finden sich **keinerlei sinngemäße Ausführungen** in den Erläuterungen zur Beibehaltung der 50% Prüfschwelle bei börsennotierte Unternehmen zu den Änderungen der Art 126b ff B-VG. Um hier Interpretationsstreitigkeiten und letztlich Rechtsunsicherheit zu vermeiden, **appellieren wir dringend**, auch hier in den Erläuterungen darzulegen, dass eine **Ausweitung der Prüfkompetenz des Rechnungshofes für börsennotierte Unternehmen** aufgrund des bestehenden Rechtsrahmens **nicht erforderlich** ist.

## **3. Zum Entwurf des Informationsfreiheitsgesetz – IFG**

**§ 13 Abs 3 des Entwurfs zum IFG sieht ebenso die Ausnahme der Informationspflicht für börsennotierte Unternehmen vor.**

**Auch diese Ausnahme ist unbedingt beizubehalten.** Im Übrigen dürfen wir heizru auf unsere Ausführungen im Punkt 1 verweisen, die sinngemäß gelten.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

**Telekom Austria Aktiengesellschaft**